

EUROPÄISCHES PARLAMENT

52. TREFFEN DES GEMISCHTEN PARLAMENTARISCHEN AUSSCHUSSES EU-TÜRKEI

Izmir, 5.-7. April 2004

PROTOKOLL

Inhalt

	<u>Seite</u>
1. Annahme des Entwurfs der Tagesordnung (PE 342.031)	2
2. Genehmigung des Protokolls des 51. Treffens des GPA EU-Türkei vom 2. bis 3. Dezember 2003 in Brüssel (PE 342.027)	2
3. a) Beziehungen EU-Türkei im Kontext der Erweiterung	2
– Ansätze in der EU zum Beitritt der Türkei	
– Vorbereitung des Fortschrittsberichts der Europäischen Kommission für 2004	
– finanzielle Zusammenarbeit	
– die Kommunikationsstrategie	
b) Aussprache mit:	
– dem amtierenden Ratsvorsitz des Assoziierungsrates EU-Türkei und der türkischen Regierung	
– dem amtierenden Ratsvorsitz der Europäischen Union	
– der Europäischen Kommission	
c) weitere Entwicklung und Umsetzung der Reformen in der Türkei	
4. Zypern	5
5. Annahme einer Gemeinsamen Erklärung	6
6. Verschiedenes	6
7. Zeitpunkt und Ort der nächsten Sitzung	6

Der Ko-Vorsitzende, Herr DUMANOGLU, eröffnet die Sitzung um 14.40 Uhr.

1. Der Entwurf der Tagesordnung wird angenommen
2. Das Protokoll wird genehmigt.
3. und
4. Herr DUMANOGLU erteilt Herrn Bülent ARINC, Sprecher der Großen Nationalversammlung der Türkei, das Wort.

Herr ARINC erläutert die von der Großen Nationalversammlung verabschiedeten Reformpakete. Er räumt ein, dass die Umsetzung der Reformen Zeit brauche und die Angleichung der türkischen Rechtsvorschriften an das EU-Recht ein laufender Prozess sei. Er hebt ebenfalls hervor, dass die Unabhängigkeit der Judikative äußerst wichtig sei. Die Tätigkeit des nationalen Sicherheitsrates werde begrenzt, und die Große Nationalversammlung werde eine Prüfung des Militärhaushalts durchführen. Es werde Reformen zur Verbesserung der Stellung der Minderheitensprachen und der Religionen geben. Er unterstreicht das entschiedene Engagement der türkischen Regierung im Hinblick auf den Beitritt zur EU und zeigt sich besorgt darüber, dass einige Kräfte in der EU die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament dazu nutzen würden, sich gegen eine Mitgliedschaft der Türkei auszusprechen. Er betont die Bedeutung, den Islam mit der modernen Demokratie zu versöhnen, und lehnt alle Argumente ab, wonach kulturelle Differenzen ein unüberwindbares Hindernis für eine türkische Mitgliedschaft seien. Er schließt seine Ausführungen ab, indem er die Hoffnung ausspricht, dass der neue Gemischte Parlamentarische Ausschuss eine aktive und effektive Rolle bei der Förderung des Beitritts der Türkei zur EU spielen werde.

Herr VAN ORDEN dankt dem Redner und fragt ihn, welche Erwartungen er in Bezug auf die EU hege, wenn es im Zypern-Referendum ein „Nein“ gebe. Herr ARINC betont die Bedeutung, in der Zypernfrage eine Einigung zu erzielen. Er räumt ein, dass der Annan-Plan beide Parteien nicht völlig zufrieden stelle. Er verweist auf die Probleme, wenn nur ein Teil Zyperns Mitglied der EU werden würde. Er versichert Herrn VAN ORDEN ebenfalls, dass die sekuläre Grundlage der Türkei gewährleistet sei.

Der Ko-Vorsitzende, Herr VAN LAGENDIJK, stellt die Frage, ob die Große Nationalversammlung lediglich die Rolle übernehmen sollte, zu überwachen, wie der Militärhaushalt ausgegeben worden sei. Er stellt fest, dass die meisten Parlamente die Befugnis haben, die Größe des Haushalts zu genehmigen. Herr ARINC merkt an, dass der Haushalt von der Regierung vorbereitet werde, die bestimmen könne, wie das Geld ausgegeben werde. Das Parlament spiele eine wichtige Rolle als Überwachungsorgan. In Antwort auf eine Frage von Herrn DUMANOGLU weist der Präsident darauf hin, dass die Zahl der Minister und stellvertretenden Minister im Nationalen Sicherheitsrat erhöht worden sei und dass der Generalsekretär jetzt ein Zivilist sein könne.

Frau UCA erkennt an, dass die Türkei große Fortschritte gemacht habe, sie hat jedoch noch Fragen über die Rückkehr der Binnenflüchtlinge in den Südosten der Türkei. Sie befürchtet ebenfalls, dass es noch Einschränkungen für die kurdische Sprache gebe, und sie habe persönliche Erfahrungen in diesem Zusammenhang, die sie auf einer vor kurzem

unternommenen Reise in diese Region erworben habe, als man ihr erzählt habe, sie solle Türkisch sprechen. Herr ARINC räumt ein, dass Änderungen bei den Sprachgesetzen umgesetzt werden müssten und dass es Rundfunksendungen in den Minderheitensprachen geben müsse.

Der Justizminister, Herr Cemil CICEK, erläutert die Entwicklungen, seit die Türkei im Dezember 1999 als Beitrittskandidat akzeptiert wurde, und schildert Einzelheiten über die von den Regierungen eingeführten Harmonisierungspakete. Er betont, das Justizministerium habe eine führende Rolle bei der Durchführung dieser Reformen gespielt, und verweist auf wichtige Schritte wie beispielsweise die Abschaffung der Todesstrafe und die Änderung der Anti-Terrorgesetze. Er erklärt, das Ministerium habe eine Null-Toleranzpolitik gegenüber der Folter ausgerufen. Insbesondere sei ein wichtiges Schulungsprogramm für die Richter organisiert worden, und es habe ebenfalls Schulungsmaßnahmen für Anwälte gegeben. Er betont, die Türkei sei bestrebt, ihren 40 Jahre währenden Traum, der EU beizutreten, zu verwirklichen. Er räumt ein, dass es einige Umsetzungsprobleme gebe und dass eine weitere Schulung der Richter und Staatsanwälte notwendig sei. Herr CICEK verweist ebenfalls auf die Notwendigkeit eines nachhaltigen und gerechten Friedens in Zypern und hebt hervor, dass jede Seite der anderen vertrauen müsse. Der Türkei müsse ein Datum für die Aufnahme der Verhandlungen mitgeteilt werden, und wenn bis Dezember 2004 kein Datum genannt werde, wäre dies ein Fall von Diskriminierung und werde die Türkei in eine Ecke gedrängt. Eine Lösung der Zypernfrage könne keine Voraussetzung für die Aufnahme der Verhandlungen sein.

Herr DUFF räumt ein, dass das Reformpaket beeindruckend sei, und dass die Türkei nicht das einzige Land mit Defiziten im strafrechtlichen System sei. Er zeigt sich jedoch besorgt über die Zahl der politischen Häftlinge und argumentiert, eine Amnestie solle als Teil einer Politik der Liberalisierung in Erwägung gezogen werden. Herr CICEK räumt ein, dass es eine Definition dessen geben solle, was als „Terrorismus“ betrachtet werden soll, er verweist jedoch darauf, dass 30.000 Menschen in diesem Land durch Terror ums Leben gekommen seien, und dass dies ein Thema sei, das ohne Vorurteile angegangen werden solle. Herr DUFF räumt ein, dass Terrorismus niemals zu rechtfertigen sei, und dass die PKK-KADEK auf der europäischen Liste der terroristischen Organisationen eingetragen sei. Er befürchtet jedoch, dass Meinungsäußerungen, die Kritik gegenüber dem türkischen Staat enthielten, vor den Gerichten verfolgt würden, und er ist der Auffassung, dass dies ein Hindernis für die EU-Kandidatur der Türkei sei. CICEK erklärt, es habe lange gedauert, bis die PKK als terroristische Organisation bezeichnet worden sei, und dass keine der neuen EU-Mitgliedstaaten die gleichen Probleme wie die Türkei hätten.

Herr VAN ORDEN betont, das Vereinigte Königreich habe sehr viel Verständnis für die Türkei in ihrem Kampf gegen den Terrorismus, und er fragt sich, ob die EU ein verzerrtes Bild derer habe, die den türkischen Staat herausfordern. Er fragt jedoch, ob Leyla ZANA bis zum Abschluss ihres Gerichtsverfahrens gegen Kautionsfrei gelassen werde. Herr CICEK wiederholt die Notwendigkeit einer gemeinsamen Definition des Begriffs „Terrorismus“. Er ist der Auffassung, Terroristen sollten in die Türkei ausgeliefert werden, da Ankara die Todesstrafe abgeschafft habe. Er erklärt, er könne das Verfahrensrecht nicht beeinflussen und die Richter müssten ihrem Gewissen nach entscheiden. Er teilt Herrn KATIFORIS mit, dass es möglich sei, die nationalen Sicherheitsgerichte abzuschaffen, wenn die Verfassung geändert worden sei.

Herr DUMANOGLU betont die Notwendigkeit einer gerechten Lösung der Zypernfrage sowie eines korrekten Beschlusses in bezug auf die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der

Türkei. Er betont ebenfalls die jüngsten Reformen und hebt hervor, dass die Zivilregierung in jeder Angelegenheit das letzte Wort habe und dass die Rolle des Nationalen Sicherheitsrates beratender Art sei.

Herr LAGENDIJK erklärt, das Europäische Parlament begrüße den starken Willen der AKP-Regierung, Reformen durchzuführen. Es bleibe jedoch noch viel zu tun, was die Umsetzung dieser Reformen betreffe. In Bezug auf die Reformen in der Türkei habe er noch Vorbehalte. Er betont die Bedeutung, mehr Rechte im Bildungswesen und im Rundfunk in Bezug auf die Minderheitensprachen zuzulassen und warnt, dass zu geringe Fortschritte hier gegen die Türkei verwendet werden würden. Er räumt ein, dass die Regierung sich strikt gegen die Folter ausgesprochen habe, er habe jedoch Berichte gehört, denen zufolge Folter immer noch stattfinde. Es müsse praktische Fortschritte in diesem Bereich geben, und es müsse Belege dafür geben, dass diejenigen, die gegen die Vorschriften verstoßen hätten, bestraft würden. Er zeigt sich ebenfalls besorgt über den mangelnden Willen bestimmter Mitglieder der Judikative, sich an den neuen Geist der Reform anzupassen, und verweist besonders auf den Fall Leyla ZANA. Er erklärt, niemand erwarte, dass die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen zu 100% erfülle, dennoch sei es wichtig, festzustellen, ob wesentliche Fortschritte erzielt worden seien. Der Beschluss darüber, ob die Verhandlungen aufgenommen werden würden, sei ein politischer Beschluss und glaubhafte Fortschritte bei der Durchführung der Reformen seien notwendig.

S.E. Herr Sean O'REGAN erklärt im Namen des irischen Ratsvorsitzes, 2004 sei ein äußerst wichtiges Jahr für die Türkei und die EU. Unter Verweis auf die Anschläge von Madrid erklärt er, Terrorismus könne nur im Rahmen des Völkerrechts besiegt werden. Er spricht die Hoffnung aus, dass die Regierungskonferenz die Arbeit an der EU-Verfassung abschließen und dass ein vereinigtes Zypern der EU am 1. Mai beitreten könne. Er warnt davor, die Frage der Mitgliedschaft der Türkei erneut anzusprechen und betont, der irische Ratsvorsitz sei der Auffassung, Ankara habe eine deutliche Perspektive der Mitgliedschaft auf der Grundlage einer fairen und unvoreingenommenen Bewertung darüber, ob das Land die Kopenhagener Kriterien erfülle. Er warnt jedoch, die Verhandlungen könnten lange dauern, und er fühle sich dadurch bestärkt, dass die türkische Regierung einräume, dass es Defizite gebe und bestrebt sei, diese anzugehen. Er sehe der Änderung des türkischen Strafrechts mit Erwartung entgegen und warnt, dass das Verfahren im Fall Leyla ZANA der türkischen Position abträglich sei.

S.E. Hansjörg KRETSCHMER spricht im Namen der Kommission zu den äußerst beeindruckenden Reformen in den letzten zweieinhalb Jahren, er warnt jedoch gleichzeitig, dass die politischen Kriterien noch nicht erfüllt seien. Er weist insbesondere auf die Notwendigkeit hin, zu gewährleisten, dass die Rechte der nicht-muslimischen Minderheiten gewährleistet würden, sowie auf die Notwendigkeit, dass Rundfunksendungen in nicht türkischen Sprachen auch wirklich ausgestrahlt werden. Es bestünde ebenfalls die Notwendigkeit sozialer und wirtschaftlicher Entwicklungen im Südosten der Türkei sowie der Rückkehr der Binnenflüchtlinge. Diese Reformen müssten im alltäglichen Leben spürbar sein, und es sei wichtig, fest verankerte Haltungen, die sich Veränderungen widersetzen, zu überwinden. Er versichert, die Europäische Kommission sei bereit, in diesen Bereichen Unterstützung zu leisten.

Herr TURKOGLU erläutert die Fortschritte bei der Ausweitung der Rundfunksendungen in Minderheitensprachen und bei der Rückkehr der Binnenflüchtlinge in den Südosten. In Bezug auf den Fall Leyla ZANA betont er, die Regierung könne keinen Druck auf die Judikative ausüben, die nationalen Sicherheitsgerichte würden jedoch abgeschafft. Frau ERBATUR räumt

ein, die „Ehrenmorde“ seien ein großes Problem, das die Polizei wirksam angehen müsse, und die EU könne in diesem Bereich Unterstützung leisten. Die Verfassung müsse geändert werden, da darin nicht erwähnt werde, wie die Gleichheit der Geschlechter verwirklicht werden könne. Sie spricht sich für eine positive Diskriminierung zugunsten von Frauen und für Quoten auf den Kandidatenlisten aus. Herr DUFF fordert weitere Einzelheiten über die Erfolge der Großen Nationalversammlung bei der Überwachung des Reformprogramms der Regierung. Frau UCA fordert, dass die 10%-Schwelle für den Einzug ins Parlament gesenkt wird. Sie fordert die Freilassung von Leyla ZANA, die, so sagt sie, inhaftiert worden sei, weil sie über Bruderschaft zwischen Kurden und Türken gesprochen habe. Vertreter der DEHAP, mit denen sie gesprochen habe, hätten keine finanzielle Unterstützung für die Rückkehr der Binnenflüchtlinge erwähnt.

Herr KATIFORIS erklärt, dass er den Beitritt der Türkei zur EU grundsätzlich unterstütze. Die EU sei kein christlicher Klub. Seiner Auffassung nach sei Europa eine historische Konstruktion, mit dem Kriege überwunden werden sollten. Die Türkei habe bei dieser Entwicklung einen Beitrag geleistet und gehöre zur europäischen Geschichte. Die Türkei habe jedoch zurzeit ein duales politisches System, mit einer Demokratie für einige und einem Polizeistaat für andere. Dasselbe habe auf Griechenland zugetroffen, merkte er an.

Herr DISLI stimmt den Vorbehalten zu, solange diese objektiv seien. Seiner Auffassung nach sei die Liste der Dinge, die noch erledigt werden müssten, kleiner geworden, und wenn man der Türkei ein Datum für die Aufnahme der Verhandlungen nennen würde, würde dies die Anstrengungen zur Förderung weiterer Demokratisierungen vorantreiben.

Herr DUMANOGLU betont, die Große Nationalversammlung habe sich vollständig der Reform verschrieben, die Umsetzung brauche jedoch noch Zeit. Eine neue Verfassung sei unbedingt notwendig, da die derzeitige Verfassung unter Militärherrschaft ausgearbeitet worden sei. Bei der Frage der Rolle des Militärs könnte man aus den griechischen Erfahrungen lernen. Er räumt ein, Leyla ZANA solle jetzt freigelassen werden, da ihre ständige Inhaftierung den Ruf der Türkei in der Außenwelt schädige. Er ist der Auffassung, dass der zweite Bericht Oostlander sehr viel positiver als der erste Bericht sei, und er erkenne korrekte Kritik an. Herr VAN ORDEN stellt fest, dass nicht alle im Europäischen Parlament den Bericht Oostlander unterstützt hätten, da viele der Ansicht seien, der Bericht sei zu negativ. Er erklärt, es gebe einen Konflikt zwischen den kulturellen Rechten einer Minderheit und der Chancengleichheit, und er warnt vor einer „exzessiven multikulturellen Vorgehensweise“, die die Gesellschaft spalten könne. Herr DUMANOGLU weist darauf hin, dass der Vertrag von Lausanne festgelegt habe, was unter dem Begriff „Minderheit“ zu verstehen sei. Frau UCA verweist auf Berichte, denen zufolge Stimmzettel bei Kommunalwahlen im Südosten der Türkei weggeworfen worden seien, und stellt fest, dass viele Menschen wieder von den Wahlbüros fortgeschickt worden seien, weil sie nicht Türkisch sprächen.

Die Sitzung wird um 18.30 Uhr unterbrochen und am darauffolgenden Vormittag um 9.20 Uhr wieder aufgenommen.

4. Herr DISLI erläutert den Hintergrund der derzeitigen Lage vor den getrennten und gleichzeitig stattfindenden Volksabstimmungen am 24. April 2004. Wenn beide Seiten mit Ja stimmen würden, würde das Abkommen am 29. April in Kraft treten und könne ein vereinigtes Zypern der EU am 1. Mai beitreten.

Herr DUFF betont, das Europäische Parlament sei sehr für eine Lösung der Zypernfrage, da es seine erfolgreichen Erfahrungen der europäischen Integration ausweiten möchte. Er sei zufrieden damit, dass der Annan-Plan im Wesentlichen zwei Zonen innerhalb eines föderativen Systems gewährleiste, und dass die Bestimmungen die nationalen Persönlichkeiten der griechischen und türkischen Zyperer innerhalb des multiethnischen Kontextes innerhalb der EU sicherstellen würden. Er erkennt die Befürchtungen der Türkei in Bezug auf das primäre Recht an, betont jedoch, ein Vertrag über die Niederlassung werde Teil des Protokolls sein. Er ist der Auffassung, der Entwurf sei für die Türkei von Vorteil, da er den türkischen Truppen ermögliche, auf der Insel zu bleiben, obwohl die Zahl der Streitkräfte gekürzt würden. 40.000 Siedler aus der Türkei würden in der Lage sein, zu bleiben, und die griechische Migration in den Norden werde auf 18% begrenzt, bis die Türkei der EU beigetreten sei, wenn Freizügigkeit und das Recht auf freie Niederlassung Anwendung finden würden. Wenn die türkischen Zyperer gegen den Plan stimmen würden, werde dies die Aussichten der Türkei auf Mitgliedschaft in der EU für lange Zeit blockieren und es werde keine Aufnahme der Beitrittsverhandlungen geben. Zusätzlich würden 20.000 türkische Zyperer voraussichtlich die Insel verlassen.

Herr OYMEN spricht sich für eine gerechte und dauerhafte Lösung der Zypernfrage aus, da die derzeitige Situation keine Option sein. Traditionell habe in der Türkei Einstimmigkeit über die Zypernfrage geherrscht. Seiner Auffassung nach seien die „sine qua non“-Bedingungen der Regierung nicht erfüllt worden. Er verweist auf ein erhebliches Informationsdefizit, wonach die Opposition die Einzelheiten des Plans nicht kennen, der 9.000 Seiten ausmache und zum großen Teil nichts ins Türkische übersetzt worden sei. Er ist der Auffassung, die Menschen würden aufgefordert, über ein Dokument abzustimmen, dessen Inhalt sie nicht kennen. Er räumt jedoch ein, die Ergebnisse der Referenda müssten respektiert werden, da sie den Willen des Volkes darstellten. Er ist der Auffassung, es sei ungerecht, den türkischen Beitritt zur EU zu paralisieren aufgrund dessen, was in Zypern geschehe, und dass dies zwei getrennte Fragen sein sollten. Er stellt fest, der Annan-Plan sei ein Thema, auf das sich die griechischen und türkischen politischen Führungskräfte in Zypern schließlich einigen könnten.

Herr KATIFORIS erklärt, dies sei eine wesentliche Frage in den Beziehungen der Türkei und der EU und Griechenland im Besonderen. Er begrüßt den Mut der türkischen Regierung, eine Lösung anzustreben, trotz der Opposition von Herrn DENKTASH. Der Annan-Plan erfordere guten Willen auf beiden Seiten und die türkischen Zyperer hätten bereits ihren Wunsch geäußert, der EU beizutreten, indem sie sich positiv geäußert hätten. Herr DUMANOGLU räumt ein, einige Menschen hätten Vorbehalte in Bezug auf den Plan, und er räumt ein, dass dieser einige Unklarheiten enthalte. Es sei wichtig, den Plan den Wählern deutlich zu erklären. Herr VAN ORDEN sagt vorher, die meisten türkischen Zyperer werden den Plan akzeptieren, und die EU solle sich darauf konzentrieren, die griechisch-zyprischen Wähler zu überzeugen. Herr LAGENDIJK fordert die türkische Regierung dringend auf, sich für eine Zustimmung stark zu machen.

Herr OYMEN setzt sich dafür ein, das Informationsdefizit zu beheben. Er erklärt, wenn es auf einer Seite eine negative Abstimmung gebe, wäre es immer noch möglich, einen besseren Kompromiss zu erzielen. Herr DICIK erklärt, die Kopenhagener Kriterien und die Zypernfrage sollten getrennt behandelt werden. Er warnt jedoch, ein Scheitern der Zypern-Frage werde ein ernsthaftes Hemmnis für einen türkischen Beitritt sein. Die Regierung sei dabei, den Plan ins Türkische zu übersetzen.

Herr DUFF spricht seine Zufriedenheit darüber aus, dass die CHP den Status quo auf Zypern nicht befürworte, und er räumt ein, dies sei keine vertretbare Position. Die EU solle vom Vereinigten Königreich, Griechenland und der Türkei übernehmen, die die derzeitigen Garanten des Status quo seien. Er stellt fest, es wäre nicht das erste Mal in der Geschichte der EU, dass die Öffentlichkeit vor einem Referendum nicht über ausreichende Informationen verfüge und dass die Menschen an die Sache glauben müssten, um einen Schritt nach vorne zu machen. Frau GUREL betont, dass es die Menschen sind, die über Zypern entscheiden müssen. Herr KATIFORIS warnt vor den Folgen einer Ablehnung. Herr KARSLI erklärt, die Menschen könnten sehr viele Informationen über den Plan aus den Fernsehsendungen und anderen Medien erhalten. Herr OYMEN räumt ein, die meisten Menschen werden kein 9.000 Seiten langes Dokument lesen, ist jedoch der Auffassung, es solle in türkischer Sprache verfügbar sein, damit die Experten das Dokument einsehen könnten.

5. Die Gemeinsame Erklärung wird ohne Änderungen angenommen.
6. Zu diesem Punkt liegt nichts vor.
7. Herr LAGENDIJK schlägt vor, dass das nächste Treffen des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses am 23./24. November 2004 in Brüssel stattfindet.

Schluss der Sitzung: 12.55 Uhr.

**52nd MEETING OF THE EU-TURKEY
JOINT PARLIAMENTARY COMMITTEE
Izmir, 5-7 April 2004**

PARTICIPANTS LIST

TURKISH GOVERNMENT

Bülent ARINÇ
Cemil ÇİÇEK

Speaker of the Turkish Grand National Assembly
Minister of justice

TURKISH MEMBERS

Prof. Dr. Aydın DUMANOĞLU	Deputy for Trabzon	Chairman
Prof. Dr. Vahit KİRİŞCİ	Deputy for Adana	Vice Chairman
Prof. Dr. Abdülbaki TÜRKOĞLU	Deputy for Elazığ	Vice Chairman
Prof. Dr. Muzaffer GÜLYURT	Deputy for Erzurum	Member
Dr. Muharrem KARSLI	Deputy for İstanbul	Member
İbrahim ÖZAL	Deputy for İstanbul	Member
Bülent BARATALI	Deputy for İzmir	Member
Şaban DİŞLİ	Deputy for Sakarya	Member
Hanefi MAHÇİÇEK	Deputy for K.Maraş	Member
Onur ÖYMEN	Deputy for İstanbul	Member
Necdet BUDAK	Deputy for Edirne	
Gaye ERBATUR	Deputy for Adana	
Zeynep Damla GÜREL	Deputy for İstanbul	

TGNA SECRETARIAT

Özer AYDAN	Director of External Relations and Protocol Department
Hasan BAYTEKİN	Chief External Relations and Protocol
Mustafa BOZKURT	Protocol Department
Oğuz BİLGEHAN	Chief Purchasing Department
K. Ercan ATAK	Expert/Advisor for Turkey-EU Relations
Funda İŞIKSAL	Secretary to Turkey-EU JPC
Buket ALP	Secretary to Turkey-EU JPC

MEMBERS OF THE EUROPEAN PARLIAMENT

Joost LAGENDIJK	VERTS/ALE, Netherlands	Chairman
Andrew DUFF	ELDR, United Kingdom	1st Vice-Chairman
Giorgios KATIFORIS	PES, Greece	Member
Feleknas UCA	GUE/NGL, Germany	Member
Geoffrey VAN ORDEN	EPP-ED, United Kingdom	Member

EP SECRETARIAT

Geoffrey HARRIS	Head of Division
Tim BODEN	Administrator
Emma MOLLET	Administrative Secretary
Kiwi NANBRU	Administrative Secretary

REPRESENTATIVES FROM THE TURKISH GOVERNMENT/TURKISH PUBLIC ORGANISATIONS

Yusuf Ziya GÖKSU	Governor of İzmir
Ahmet PİRİŞTİNA	Mayor of İzmir
Hasan DENİZKURDU	Former Minister of Justice and former Co-Chairman of the JPC
Engin TÜRKER	Ambassador, Senior Advisor of the Speaker of TGNA for External Relations
E. Ayşe ASYA	Deputy Director General for EU Affairs
Çetin ATALAY	Deputy Director of External Relations Department
Sema BAYGÜN	Head of Department of EU Relations, Undersecretariat of Foreign Trade
Ali BİLEN	Advisor of Minister of Justice
Ece ÖZTÜRK ÇİL	Head of Department for EU Affairs
Tolga KAYA	Head of Section Secretariat General of EU
Ekrem DEMİRTAŞ	Chairman of İzmir Chamber of Commerce
Akın KAZANÇOĞLU	Vice-Chairman of İzmir Chamber of Commerce
Tayfun YELKENBİÇER	Vice-Chairman of İzmir Chamber of Commerce
Suphi VARIM	Secretary General of İzmir Chamber of Commerce
Nilhan ANTİTOROS	Vice-Sec.General of İzmir Chamber of Commerce
Merve ÇELEBİ	Head of Dept of External Relation of Izmir Chamber of Commerce

EU EMBASSY REPRESENTATIVES

Elizabeth BARSACQ	Senior Chargé d'affaires (France)
Eric BOER	Chargé d'affaires (Netherlands)
Sean O'REGAN	Chargé d'affaires (Ireland)
Anders ELOFSON	Chargé d'affaires (Sweden)
Willy BUTTIGIEG	Consul General (United Kingdom)
Ajay SHARMA	First Secretary (United Kingdom)
Evangelos SEKERIS	Consul General (Greece)
Michael TOMASSI	Consul General (Italy)
Wolfgang DROGE	Consul General (Germany)

EP POLITICAL GROUP REPRESENTATIVES

Ali YURTTAGÜL	Verts/ALE
Francisco GUERRA	PES
Stina SOEWARTA	ELDR

PARLIAMENTARY ASSISTANTS

Silvia LÜRKEN
Ute SEELA
Ayşe MUHTAROĞLU

INTERPRETERS

Elizabeth NAHLER
Albrecht STRECKER
Linda FITCHET
Julian HOGAN
Belgin DÖLAY
Ebru DİRİKER
Esra SAYIN
